

# Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint  
in einer regelmäßigen Auflage von  
5000 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Sonntag, Mittwoch und Freitag. Viertel-  
jährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen  
60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf.,  
durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint  
in einer regelmäßigen Auflage von  
5000 Exemplaren.

## Die parlamentarische Saison 1889/90

hat gestern ihr Ende erreicht. Sie begann am 22. October 1889, an welchem Tage das „Angstproduct“ zu seiner letzten Thätigkeit zusammentrat. Dieselbe währte bis zum 25. Januar. Und da der Reichshaushaltetat erledigt war, so wäre eine weitere Tagung des Reichstages in diesem Frühjahr überflüssig gewesen. Aber es kam anders. Trotzdem auch der preussische Landtag vom 15. Januar bis zum 13. Juni Sitzungen abhielt, wurde doch der neue, am 20. Februar gewählte Reichstag am 6. Mai zu einer Session einberufen, die gestern zwar nicht formell geschlossen, aber bis zum 18. November vertagt wurde, weil man die Arbeiten der Gewerbenovelle-(Arbeiter-)Commission nicht verloren gehen lassen wollte. Thatsächlich indes ist die parlamentarische Campagne am gestrigen 2. Juli geschlossen.

Die Session des neuwählten Reichstages wurde zuerst durch den Hinweis auf die Nothwendigkeit des weiteren Ausbaues der Arbeiterschutzgesetzgebung begründet. Daneben bestand die Vermuthung, der Reichstag werde vor die Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes gestellt werden. Die letztere Vermuthung war unberechtigt. Die Regierungen haben nachgerade eingesehen, daß das Bismarck-Buttkamerische Rezept gegen die Socialdemokratie nichts getaugt, vielmehr nur das Uebel verschlimmert hat. Die Socialdemokraten sind erst durch das Ausnahmegesetz zu einer Achtunggebieten Macht geworden; ihre Position wird einen schweren Stoß erleiden, wenn am 30. September d. J. das ihnen durch ein unhaltbares Gesetz aufgedrungene Martyrium sein Ende erreicht haben wird. Die Arbeiterschutzgesetzgebung aber hat in dieser Session nur sehr fragliche Fortschritte gemacht. Der Gesetzentwurf, welcher im Wesentlichen den vielfach vom Reichstag ausgesprochenen, vom Fürsten Bismarck aber niemals berücksichtigten Wünschen Rechnung trägt, steckt noch in der Commission; und so lange er sich in diesem Stadium befindet, ist über sein endgültiges Schicksal nichts mit Bestimmtheit vorauszusagen.

Wenn nun auch diese beiden Gesetzesmaterien das Plenum des Reichstages gar nicht resp. wenig beschäftigten, so fehlte es ihm doch nicht an Arbeitstoff. Es hat das Gesetz über die Gewerbegerichte durchberathen und genehmigt, freilich in einer Form, die der Mehrzahl der Interessenten schwerlich genehm sein wird. Er hat ferner den Gehaltsverbesserungsplan, den die verbündeten Regierungen endlich auf Betreiben der freisinnigen Partei vorgelegt hatten, genehmigt, soweit die unteren und Subalternbeamten davon berührt werden. Er hat des weiteren die Frage des Kaiser-Wilhelm-Denkmal's erledigt, allerdings in der denkbar eigentümlichsten Weise. Das deutsche Volk hatte dem Begründer des neuen deutschen Reiches ein Denkmal setzen wollen, und da war es doch selbstverständlich, daß die Vertreter des deutschen Volkes das Bestimmungsrecht für sich in Anspruch nahmen. Die Sache wurde aber schließlich so verwickelt und unerquicklich, daß die Volkvertreter auf jede Mitwirkung verzichteten und die Verantwortung für die Ausführung des Denkmals im Sinne der Nation dem Kaiser überließen. Daß der Charakter eines „National-Denkmal's“ dadurch schwere Einbuße erleiden muß, ist ersichtlich; die Schuld daran trifft aber die Volkvertreter nicht, wenigstens nicht in erster Linie.

Alle Vorlagen, die wir im Vorstehenden berührt haben, hätten ihre Erledigung ebenso gut in der ordentlichen Herbstsession finden können. Den eigentlichen Grund für die Einberufung des neuen Reichstages bildeten ja auch nicht sie, sondern die Forderungen für das Militär und die Colonien. Je öfter der Reichstag zusammenberufen wird, um so öfter kann man mit solchen Forderungen kommen. Und man kommt immer wieder mit ihnen, weil man weiß, daß die Mittelparteien — das Centrum heute so gut wie die Nationalliberalen — die Kraft zur energischen Opposition gegen die Forderungen unerschwinglicher oder nahezu unerschwinglicher Opfer verloren haben. Das „Angstproduct“ ist zu seinen Vätern versammelt worden, aber der heutige Reichstag ist, Dank der Angst, welche Herrn Windthorst plötzlich befallen hat, noch trauriger als sein Vorgänger. Das „Angstproduct“ war oder stellte sich wenigstens überzeugt von der Nothwendigkeit der damaligen Heeresvermehrungen. Die Mehrheit des heutigen Reichstages weiß und erklärt selbst, daß es so nicht weiter

gehen kann, beugt aber gleichwohl den Nacken und belastet das Volk um viele Millionen mehr, als im Jahre 1887. Wo bleibt da die Consequenz des Centrums? Und welcher katholische Wähler kann heute, wo die Religionsfreiheit nicht bedroht ist, die Centrumsabgeordneten noch als die Vertreter des katholischen Volkes anerkennen? Diese Haltung des Centrums wird sich einst bitter rächen, die Strafe wird aber keine ungerechte sein.

Dank dem Centrum hat uns die erste Session des neuen Reichstages enorme Opfer auferlegt, so zwar, daß die geringe Kunst des bisherigen Finanzministers v. Scholz versagte und Herr Miquel berufen werden mußte, dem es ja wohl gelingen wird, der bereits zur Genüge ausgequetschten Citrone der Steuerzahler noch einige Tropfen auszupressen. Man darf aber wohl erwarten, daß er sie am andern Ende anlassen wird, dort wo die reichen Leute ihre Quellen haben. Dieser Wechsel im Finanzministerium in Verbindung mit demjenigen im Reichskanzleramt wird jedenfalls länger in Erinnerung bleiben, als alle parlamentarischen Ereignisse der letzten Saison.

## Die Kaiserreise.

Kaiser Wilhelm ist am Dienstag in Christiania eingetroffen. Das deutsche Geschwader dampfte gegen Mittag den „Fjord“ hinauf, von der norwegischen Flottenabtheilung, die sich ca. 5 Meilen draußen im „Fjord“ demselben angeschlossen, begleitet. Eine Meile von der Stadt, bei Hjernet, traf das Geschwader mit einer ganzen Flotille von ca. 50 Luftdampfern zusammen, die demselben entgegengesegelt waren, um dem hohen Gäste den ersten Willkommengruß von Christiania zu überbringen. Das deutsche Geschwader dampfte langsam in den Hafen hinein, und nachdem es Salutsschüsse mit der Festung „Akerhus“ ausgetauscht hatte, ging es auf „Pipervigsbugeten“ vor Anker. Gleich nach dem Ankerwerfen begab sich der König von Schweden an Bord und begrüßte den Kaiser mit dreimaliger Umarmung, wonach ersterer wieder ans Land ging, um seinen Platz in dem auf dem Landungsboote „Pipervigsbryggen“ aufgeführten Pavillon einzunehmen. Auf der Brücke selbst und auf dem „Tordenskjoldplads“ waren vier große Tribünen mit Plätzen für 4-5000 Menschen aufgeführt; die Tribüne rechts an dem äußersten Brückenrande war den in Christiania ansässigen Deutschen reservirt. Auf dem „Tordenskjoldplads“ paradierte das Christiania-Bataillon. Der Kaiser begab sich dann durch die mit Flaggen geschmückten Bootstreifen unter Salutsschüssen ans Land, während die Musik in der Festung und auf der Brücke spielte. Hier wurde der Kaiser von dem Könige empfangen und von dem neu erwählten Bürgermeister für Christiania, Christie, welcher jüngst als Delegirter Norwegens beim Arbeitercongreß in Berlin in Function getreten war, im Namen der Stadt willkommen geheißen. Nachdem dem Kaiser verschiedene Honoratioren der Stadt vorgestellt waren, begaben sich die beiden Majestäten in einem offenen sechsspännigen Wagen über den „Tordenskjoldplads“ nach dem Schlosse hinauf. Die verschiedenen Corporationen der Stadt, welche darum nachgesucht hatten, bildeten mit ihren Fahnen ein zweigliedriges Spalier. Auf dem Schlosse hatten sich zur Begrüßung des Kaisers die Präsidenden und Vicepräsidenten des Storting's und dessen Abtheilungen, die Regierung, das höchste Gericht und die Herren vom Dienst eingefunden. Der Empfang im Schlosse seitens der Königin war ein überaus herzlicher. Abends fand Familientafel statt.

Am Mittwoch Vormittag begaben sich der Kaiser und König hinauf nach „Holmentollen“ und „Frognerjaetteren“, um die Aussicht von dort zu genießen. Auf „Frognerjaetteren“ war von der Commune ein Dejeuner arrangirt worden. Hier brachte der Wortführer der Stadt dem hohen Gäste einen Gruß. Von hier fuhren die Herrscher den neu angelegten Weg nach „Holmentollen“ entlang, welcher bei dieser Gelegenheit eingeweiht wurde und den Namen „Kaiser Wilhelms Weg“ erhalten hat. Von da aus erfolgte dann die Rückkehr nach dem Schlosse. Bei der am Abend im königlichen Schlosse stattgehabten Galatafel brachte der König von Schweden einen Toast auf den Kaiser aus, in welchem er hervorhob: Nicht zum ersten Male habe der Kaiser dieses Land aufgesucht, schon im vorigen Jahre die Westküste und Ostküste befahren und dadurch Werthschätzung der Naturschönheiten Norwegens und Schwedens

bewiesen. Das norwegische Volk habe in diesen Tagen den Gefühlen Ausdruck gegeben, welche es nicht allein für den Kaiser Wilhelm, sondern auch für Deutschland besaßen. — Der Kaiser dankte in der Erwiderung für die Aufnahme in der Hauptstadt; in seiner Jugendzeit sei er nicht gereist, so wolle er jetzt als Kaiser sich durch Reisen ausbilden und als Herrscher die Nachbarn kennen lernen; dieses Land habe er aus Liebe zu seinem kernigen Volke aufgesucht, das durch steten Kampf sich durchgearbeitet habe, das Volk der Mannestreu und der Königstreue, Tugenden, die auch den Germanen eigen; überzeugt davon, daß das Volk in Gefahren für seinen König einstehen werde, fordere er die Norweger auf, auf das Wohl ihres Königs zu trinken.

Der Kaiser ist zum Ehren-Admiral der norwegischen Marine ernannt worden. Dagegen hat der Kaiser dem Prinzen Eugen den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Ueber die Reise Kaiser Wilhelms nach Norwegen hat ein Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ eine Unterredung mit dem Könige von Schweden gehabt. Danach äußerte der König: „Deutschland hat auf der Welt keinen bessern Freund als mich, aber ich bin und bleibe jederzeit mein eigener Herr. Nichts wird Deutschland und mich entzweien können. Beide haben wir keinen Feind; sollte Deutschland je einen Feind bekommen, so werde ich neutral bleiben, so lange es möglich, selbst noch ein klein wenig länger, niemals aber die Waffen gegen Deutschland kehren, wenn ich die Waffen ergreifen möchte.“

## Tagesereignisse.

— Die Vermählung der Prinzessin Victoria von Preußen mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe soll am 21. November d. J., dem Geburtstag der Kaiserin Friedrich, in Berlin stattfinden.

— Wie man der „N. Allg. Ztg.“ von vertrauenswerther Seite mittheilt, wird der Herr Kriegsminister Generallieutenant v. Verdij seinen ihm bereits vor längerer Zeit bewilligten 45 tägigen Urlaub alsbald antreten. Der Kriegsminister wird seine von langer Krankheit genesene Gemahlin nach Salzburg begleiten.

— Die Ernennung des Finanzministers Miquel zum Ehrenbürger von Frankfurt a. M. ist von der dortigen Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen worden.

— Graf Berchem, der bisherige Unterstaatssecretär im Auswärtigen Amt, ist, wie der „Reichsanzeiger“ mittheilt, in den Ruhestand versetzt worden.

— Major Wischmann hat eines Fieberanfalles wegen der Hauptversammlung der deutschen Colonialgesellschaft in Köln nicht beizubehalten können. Derselbe ist vorgestern nach seiner Heimath am Harz abgereist. Bei seinem Eintreffen in Lauterberg a. S. wurde Wischmann von der Einwohnerschaft auf das Herzlichste empfangen. Am Dienstag Abend brachten die Krieger-, Turner- und Sängervereine der Stadt und Umgegend demselben einen Fackelzug dar.

— Im englischen Unterhause erklärte vorgestern der Unterstaatssecretär Ferguson, der Zweck der augenblicklichen Verhandlungen mit Deutschland sei die Absteckung der südlichen Grenze der Wal-fischbaj, um eine Gebietsabtretung handle es sich dabei nicht.

— Das deutsch-englische Abkommen ist nach einer Meldung der „Times“ am Dienstag unterzeichnet worden. — Fürst Bismarck hat neuerdings seine positive Mißbilligung des Abkommens ausgesprochen; er würde nie seine Feder zu einem solchen gereicht haben. Diese „Privatanstcht“ des Fürsten Bismarck fällt selbstverständlich heute nicht mehr ins Gewicht.

— Fürst Bismarck soll den Kaiser bitten wollen, wenigstens zu seinen Lebzeiten von der Errichtung eines Denkmals für ihn absehen zu wollen. Er empfehle dagegen, bei den einzelnen Bismarck-Denkmalcomités anzufragen, ob sie damit einverstanden seien, daß die gesammelten Gelder zum Bau der Kaiser Wilhelms-Gedächtniskirche in Berlin Verwendung finden. — „Die Postfach hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, darf man wohl auch bei dieser Gelegenheit sagen.

— Zu des Fürsten Bismarck Reichstags-candidatur meldet der nationalliberale „Pfälzer Courier“, daß Fürst Bismarck thatsächlich von den

Nationalliberalen Kaiserlauterns ersucht werden soll, eine Candidatur zu übernehmen.

— Gestern fand die Reichstags-Ersatzwahl in Brenzlau-Ungermünde statt. Bis Abends wurden gezählt für Rohland (Dfr.) 2400, für Winterfeld (conf.) 2000, für Wildberg (loc.) 1000 Stimmen. Es ist nicht undenkbar, daß Rohland in die Stichwahl kommt.

— In Posen hat gestern die Aufstellung der Kandidatenliste für den erledigten Erzbischofs-Stuhl Gnesen-Posen durch die Mitglieder beider Domcapitel und die Ehren-Domherren stattgefunden. Die Vorschlagsliste wird jetzt dem Kaiser unterbreitet.

— In der vorgestrigen öffentlichen Versammlung der Deutschen Colonial-Gesellschaft wurden folgende Resolutionen angenommen: „1. Die Deutsche Colonial-Gesellschaft dankt der Reichsregierung und dem Reichstage für die kräftige Fortführung der auf Bekämpfung des Sklavenhandels und Förderung der Kultur in Afrika gerichteten Unternehmungen. 2. Die Deutsche Colonial-Gesellschaft ist nicht in der Lage, zu beurtheilen, welche Gründe der Reichsregierung für den Abschluß des Uebereinkommens mit England wegen Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Afrika maßgebend erschienen sind, und hält sich zu einem Urtheil über jenen Vertrag vom Standpunkte der Reichspolitik nicht für berufen. Dagegen spricht sie als berufenes Organ der Pflege und Ausbreitung des colonialen Gedankens im deutschen Volke die Ueberzeugung aus, daß durch die Bestimmungen des Uebereinkommens, soweit sie zur öffentlichen Kenntniz gelangt sind, die auf unsere coloniale Betätigung in Afrika gesetzten Hoffnungen geschädigt sind, und bedauert, daß der ideale Sinn, der die coloniale Bewegung in Deutschland geweckt und zu einem beachtenswerten Factor unseres öffentlichen Lebens gestaltet hat, dadurch einen empfindlichen Stoß erlitten hat. Sie erkennt zwar an, daß durch die sichere Abgrenzung unserer Schutzgebiete für deren Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Grundlage gewonnen ist, allein sie kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß dieser Vortheil, selbst unter Anrechnung der Erwerbung Helgolands, mit unverhältnismäßigen Opfern erkauft worden ist. 3. Angesichts dieser Lage spricht die Versammlung die Hoffnung aus, daß die Reichsregierung nunmehr mit aller Kraft nicht nur jeder ferneren Beeinträchtigung unserer Colonialinteressen entgegenzutreten, sondern auch die weitere Festigung des uns verbliebenen Colonialbestandes in die Hand nehmen und dadurch im Volke den Muth zu thätiger Betheiligung an der wirtschaftlichen Erschließung desselben stärken werde. 4. Die Deutsche Colonialgesellschaft hält es für geboten, ihrerseits unentwegt an der Förderung der deutschen colonialen Bestrebungen festzuhalten, und für die wirtschaftliche und culturelle Entwicklung unserer Schutzgebiete mit Muth und That einzutreten.“

— Ueber einen neuen Grenzzwischenfall in den Vogesen berichtet „W. Z. B.“ was folgt: Zwei deutsche Forstbeamte erappten am 28. Juni im Waldbezirke von Bohement bei Saales 4 französische Holzdiebe, welche mehrere Bäume angelegt hatten. Die Forstbeamten versuchten den Dieben den Weg zu verlegen. Letztere, unter denen sich einer befand, der diebstahls gerichtlich verfolgt wird, flohen der Grenze zu. Ehe diese erreicht war, drehte sich einer derselben, Namens Claude aus Houffot in der Gemeinde Colroy la Grande, der als Holzdieb bekannt ist, gegen die Forstbeamten, worauf Förster Hipp einen Schuß mit dünnem Schrot aus weiter Entfernung, und einen zweiten aus der Nähe abgab. Claude wurde hierdurch leicht verletzt, setzte indessen mit seinen Genossen die Flucht nach der Grenze fort. Nachdem diese paßirt war, beschimpften die Holzdiebe die Forstleute. Eine genaue Untersuchung über den Vorfall ist eingeleitet.

— Der „Indépendance Belge“ zufolge haben gestern die Vertreter aller Mächte, ausgenommen der Niederlande, die Generalacte der Anti-Sclavereiconferenz und die Zusatzklärung bezüglich der Kongozölle unterzeichnet. Den Niederlanden ist für die Beitrittserklärung zu den Beschlüssen der Conferenz eine sechsmonatliche Frist bewilligt worden.

— Die internationale Fischerei-Conferenz ist am Dienstag in London eröffnet worden. Delegirte aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Spanien, den Niederlanden und zahlreiche englische Delegirte waren anwesend. Zum Präsidenten wurde Sir Edward Birkbeck gewählt. Derselbe hob in seiner Ansprache hervor, die englischen Fischer wünschten mit den Fischern anderer Nationen stets in Freundschaft zu leben, und bezeichneter als die Hauptaufgabe der Conferenz, für den Schutz der jungen Fische zu sorgen; es sei wünschenswerth, den Fischfang in der Nordsee während einiger Monate im Jahre zur Schonung der Fischbrut einzustellen. Der belgische Generalconsul Care erklärte, Belgien sei bereit, England betreffs Verhinderung des Fangens von kleinen Fischen zu unterstützen. Der deutsche Delegirte Professor Hensen aus Kiel erklärte, daß die deutsche Reichsregierung dem Beispiele Englands und dessen Rathschlägen folgen werde, da Deutschland in Fischereifragen wenig Erfahrung besitze. Hensen gab zu, daß eine Einschränkung des Fanges unreifer Fische völkerrechtlich geboten sei. Der holländische Delegirte machte einigen Vorbehalt und sagte unter Anderem, man wäre noch ungenügend hierüber informiert; eine internationale Untersuchung müsse der internationalen Gesetzgebung vorangehen.

— Am Montag haben in verschiedenen Theilen Oesterreichs Landtagswahlen stattgefunden. In den mährischen Städtebezirken und Handelskammern haben die Deutschen drei Sitze gewonnen, bei den schlesischen Landgemeindevahlen verloren die Deutschen zwei Sitze; bei den Landtagswahlen in den

steiermärkischen Städten und Handelskammern ist das bisherige Verhältniß daselbst geblieben. Bei den gestrigen Landtagswahlen der schlesische Städte wurden die liberalen Candidaten gewählt.

— Aus Ungarn wird wieder eine neue Beleidigung der österreichischen Farben gemeldet. Der Corpscommandant Reicher war vorgestern zur Prüfung der Kadetten in Karlstadt eingetroffen. Im Hotel, wo derselbe abgestiegen war, wurde die schwarzgelbe Fahne ausgehängt. Nach kurzer Zeit wurde dieselbe von böswilliger Hand in Brand gesteckt, der Brand vom Publikum jedoch sofort gelöscht. Der Gemeinderath drückte dem Corpscommandanten Reicher das Bedauern über den peinlichen Vorfall aus und versicherte, die Bürgerchaft trage keine Schuld daran. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— Der Schweizerische Bundesrath hat die Volksabstimmung über die Revision der Bundesverfassung behufs Einführung einer staatlichen Unfall- und Krankenversicherung auf den 26. October, den Tag der Nationalrathswahlen, festgesetzt.

— Die zweite niederländische Kammer hat gestern eine mit Frankreich vereinbarte Erklärung, durch welche die schiedsrichterliche Competenz in dem Streitfall über die Abgrenzung von Surinam und Guyana erweitert wird, mit 57 gegen 21 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß Frankreich in dem strittigen Territorium den status quo wieder herstellen werde.

— An der türkisch-serbischen Grenze hat sich in vorvergangener Nacht wieder eines jener blutigen Ereignisse abgespielt, welche dort noch niemals zu den Seltenheiten gehört haben. Eine Arnavutenbande drang in Kristina (türkisches Vilajet Kossowo) in das Haus des dortigen serbischen Generalconsuls Marinkovitsch ein und ermordete unter gräßlichen Umständen sowohl letzteren wie seinen Kawaffen. Der serbische Gesandte in Konstantinopel ist beauftragt worden, von der Türkei die strengste Untersuchung und die vollste Genugthuung zu verlangen.

— Einem Interdiewer des „Standard“ gegenüber erklärte Ex-König Milan von Serbien, daß er bei der Verworfenheit der politischen Lage des Landes fest entschlossen sei, in Serbien zu bleiben, um die Interessen der Dynastie zu wahren, und daß er nur der Gewalt weichen werde.

— Daß Repressivmaßregeln gegen die nordamerikanische Zolltarifvorlage seitens der Festlandsmächte unter Führung Deutschlands ergriffen worden sein, entbehrt nach einem von Berlin aus verbreiteten officiellen Telegramm des Wolff'schen Bureau's der Begründung. Deutschland habe keinerlei Schritte gethan, um der etwaigen Rückwirkung, welche das Zustandekommen der neuen amerikanischen Tarifbill auf seinen Handel haben würde, entgegenzutreten. Es habe bis jetzt darin freie Hand.

## Grünberger und Provinzial-Nachrichten.

Grünberg, den 3. Juli.

\* Sommertheater. — Unser Theaterpublikum, soweit es bisher überhaupt das Sommertheater besucht hat, ist mit den Leistungen der Hubart'schen Gesellschaft außerordentlich zufrieden und erkennt an, daß wir wohl noch keine Gesellschaft hier gehabt haben, in der, abgesehen von besonders hervorragenden Einzelleistungen, alle Mitglieder, selbst die Inhaber der kleinsten Rollen, schauspielerisch so befähigt und so gut geschult sind, wie das bei der Hubart'schen Gesellschaft der Fall ist. Um so unzufriedener, und mit Recht, ist die Theaterdirection mit unserm Publikum, das wir gar nicht wiedererkennen. Die Liebe zur darstellenden Kunst kann doch hier in Grünberg nicht plötzlich erloschen sein, die Furcht vor einem „Reinfall“ kann doch nach der Ablegung so glänzender Proben von der Güte der Gesellschaft nicht mehr bestehen. Freilich, „Othello“ ist für viele Theaterbesucher so nervenaufregend, daß eine Entschuldigung für den mangelhaften Besuch dieser Vorstellung anerkannt werden mag. Aber auch „Die Ehre“ hatte nur ein wenig zahlreiches Publikum angelockt und die vorgestrige Vorstellung des lustigen Schwankes „Madame Bonivard“ war wiederum sehr mäßig besucht. Und trotzdem wurde wieder vorzüglich gespielt. „Madame Bonivard“ ist ein französischer Schwank, in welchem die Schwiegermutter zur Abwechslung einmal die bekannte Schwiegermutter-Rolle zur Einnahmequelle macht. Die brave Schwiegermutter verheiratet ihre Tochter nur gegen eine Zusage von 100 000 Frs. Neugeld für den Fall der Scheidung, und provocirt dann den Schwiegerohn zu einer thätlichen Mißhandlung, welche der Schwiegermutter ailt, aber von der sauberen Tochter aufgefangen wird. Der Grund der Scheidung ist nun da, und das Spiel des Kaperns eines Schwiegerohnes sowie der Abschüttelung desselben mit einem Verdienst von 100 000 Frs. kann auf's Neue beginnen. Frau Reidner machte aus dieser Schwiegermutter ein Cabinetsstück und erntete reichlichen Beifall. Fr. Hubart war für ihre Rolle wie geschaffen; das Pölegma, mit dem sie die unglücklichen Opfer von Madame Bonivard behandelte, gab ein sehr glückliches Pendant zu der Lebhaftigkeit der Bonivard ab. Die Herren Reidner, Dr. Neuber und Köstner trugen redlich das Brügel zum guten Gelingen des Stückes bei. — Die letzten Abende dieser Woche werden uns nunmehr endlich Operetten bringen, wofür das hiesige Theaterpublikum sich ja stets am meisten erwärmt. Morgen, Freitag, gelangt der hier freilich bekannte, aber auch sehr beliebte Vettelstudent zur Aufführung. Außer einer Reihe von Künstlern, die uns bereits bekannt sind, wird Frau Director Hubart zum ersten Male

auftreten, u. zw. als Bronislava. Sonnabend kommt dann eine Operetten-Posse, „Die wilde Raze“ an die Reihe, ein Stück, das für unser Theaterpublikum völlig neu ist. Sonntag fällt das Theater wegen des Stiftungsfestes des Kriegervereins aus. Montag folgt die Aufführung von Freitag's „Journalisten“ mit Herrn Director Hubart als Bolz. — Die rührige Direction, die weder Mühe noch Opfer scheut, das Beste im schönsten Gewande zu bieten, will noch einen letzten Versuch machen, das Publikum für ihr Unternehmen zu interessiren, indem sowohl der Verkauf von Duzendbillets noch einige Tage fortgesetzt, als auch eine Abonnementsliste in Umlauf gesetzt wird. Möchte doch das Publikum endlich aus seiner Zurückhaltung herausreten! Undernfalls darf es sich nicht wundern, wenn wirklich gute Theatergesellschaften, wie die Hubart'sche, überhaupt nicht mehr nach Grünberg kommen.

\* Die Ferien des Kreis-Ausschusses finden während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. J. statt. In dieser Zeit gelangen nur schleunige Sachen zur Verhandlung in öffentlicher Sitzung, im Uebrigen aber bleiben die Ferien auf den Lauf der gesetzlichen Fristen ohne Einfluß.

\* Für die Schlesisch-Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat der diesseitige Kreis (Section) an Beiträgen für das Jahr 1889 die Summe von 1 172 Mk. 65 Pf. aufzubringen. Dieser Betrag ist, wie der „N. N.“ mittheilt, nach dem jährlichen Grundsteuer-Soll auf die einzelnen Betriebs-Unternehmer von dem Genossenschafts-Vorstande rebarirt worden. Die hiesigen Weinbergbesitzer u. sind als Betriebs-Unternehmer der Land- und forstwirtschaft nach der Entscheidung des Reichs-Verwaltungsamtes anzusehen und zu den Beiträgen heranzuziehen. Die Zahl der Betriebs-Unternehmer für die Stadt Grünberg beläuft sich demnach auf ca. 1200, eine Zahl welche von keiner Stadt der Provinz erreicht wird.

\* Für die zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Versicherungsanstalt der Provinz Schlesien ist jetzt die Wahlbezirks-Eintheilung vom Ober-Präsidenten veröffentlicht worden. Darnach ist die Provinz in 15 Wahlbezirke eingetheilt, die zusammen je 20 Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen haben. Nach § 48 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 werden die Vertreter von den Vorständen der im Bezirke der Versicherungsanstalt vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen, Knappschaftskassen und Seemannskassen gewählt. Soweit diese Vorstände aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, nehmen bei der Wahl die den Arbeitgebern angehörenden Mitgliedern des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer Theil. Für jeden Vertreter sind nach § 40 jenes Gesetzes ein erster und zweiter Ersatzmann zu wählen, welche denselben in Behinderungsfällen zu ersetzen und im Falle des Ausscheidens für den Rest der Wahlperiode in der Reihenfolge ihrer Wahl einzutreten haben. Die Wahl erfolgt auf 5 Jahre. Mit derselben ist für unsere Provinz vom Ober-Präsidenten der Landeshauptmann von Kising in Breslau beauftragt worden. Die erforderlichen Stimmzettel werden den Vorständen der Vorstände der wahlberechtigten Körperschaften und den Vorständen der Kreis- und Stadtausschüsse demnächst zugestellt werden. Den wählenden Körperschaften der einzelnen Wahlbezirke stellt der Ober-Präsident anheim, schon jetzt über die zu wählenden Personen mit einander in Verbindung zu treten. Aus der Wahlbezirks-Eintheilung entnehmen wir, daß der Regierungsbezirk Liegnitz die Wahlbezirke VII bis X umfaßt. Zum Wahlbezirk VII gehören die wahlberechtigten Körperschaften der Kreise Goherswerda, Rothenburg, Görlitz Stadt und Görlitz Land (wählt je einen Vertreter), zum Wahlbezirk VIII die wahlberechtigten Körperschaften der Kreise Lauban, Löwenberg und Hirschberg (wählt je einen Vertreter), zum Wahlbezirk IX die wahlberechtigten Körperschaften der Kreise Bunzlau, Sprottau, Sagan, Freistadt, Grünberg, Glogau, Lüben, Schönau und Goldberg-Hahnau (wählt je zwei Vertreter), und zum Wahlbezirk X die wahlberechtigten Körperschaften der Kreise Landeshut, Wolfenbain, Jauer, Liegnitz Stadt und Liegnitz Land (wählt je einen Vertreter).

\* Herr Polizeisekretär Ueber aus Hirschberg hat vorgestern sein neues Amt übernommen.

\* Ueber einen betrübenden Fall von Blutvergiftung haben wir heute zu berichten. Frau Hebamme Kügler hat sich denselben in Ausübung ihres Berufs zugezogen. Gestern mußte zur Amputation eines Armes geschritten werden. Hoffentlich kommt die Bedauernswerthe wenigstens mit dem Leben davon.

\* Seitens der hiesigen Polizeibehörde sind zwei junge Leute verhaftet und dem Amtsgericht überliefert worden, welche der am Sonnabend auf der Bahnhofstraße überfallene Arbeiter Haupt als diejenigen bezeichnet, die ihn mißhandelt haben. Die Verhafteten leugnen auf das Entschiedenste, daß sie die Thäter seien.

\* Wir haben s. Z. mitgetheilt, daß der im vorigen Jahre von der Glogauer Strafkammer wegen Sittlichkeitsvergehen zu längerer Gefängnißstrafe verurtheilte Gärtner Gutsche bald nach seiner Entlassung aus dem Gefängniß abermals in den alten Fesler verfiel und auf's Neue in Haft genommen werden mußte. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß derselbe geistig gestört ist. Demzufolge ist seine Unterbringung in einer Irrenanstalt beschlossen worden.

\* Ein arger Taugenschütz ist der wegen Diebstahls vielfach bestrafte Arbeiter Robert Weiner. Derselbe wurde in den letzten Tagen mehrfach erappt, während





## Parlamentarisches Zukunftsbild.

Das Hamburger „Kreidenblatt“ ist in der Lage, einen Sitzungsbericht des Reichstags vom 28. Juni 1900 über die zweite Beratung einer Militärvorlage der Zukunft schon jetzt, wie folgt, mitzutheilen:

Kriegsminister Graf Bismarck von Bago-moyo: M. H.! Nicht ohne eine gewisse Bekommenheit nehme ich das Wort, um Ihnen die Annahme der neuen Militärvorlage ans Herz zu legen. Wo aber die dringende Nothwendigkeit gebieterisch spricht, muß jedes Bedenken zurücktreten. Nachdem Frankreich die Präsenzstärke seines Heeres gewaltig erhöht hat, müssen auch Sie der Vorlage zustimmen, falls Sie das Reich den Feinden nicht überantworten wollen. Uebrigens sind die Klagen hinsichtlich der neuen Last doch weit übertrieben. Die Präsenzstärke unseres Heeres ist in den letzten 10 Jahren von etwa einer halben Million auf 1 359 000 gestiegen. M. H.! Was kommt denn schließlich darauf an, ob wir noch 141 000 mehr fordern, um auf die runde Zahl von 1 500 000 zu kommen? Ich appellire an Ihr patriotisches Gemüth; bewilligen Sie die Vorlage, es wird gewiß an Sie so leicht keine neue Forderung gestellt werden. (Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Windthorst: M. H.! Die neue Forderung ist doch wirklich unerhört. Ich weiß nicht, woher der Herr Kriegsminister den Muth nimmt, uns damit zu kommen (Sehr wahr! bei dem Centrum und auch der Linken, Zischen rechts). Zumal die Bildung der acht neuen Frauen-Regimenter finde ich geradezu empörend (Psui! rechts, lebhafter Beifall links). M. H. Da es einmal nicht anders geht, so werde ich der Vorlage zustimmen, natürlich nur unter der Bedingung, daß meine Resolution, die ich Ihnen vorlegen werde und die sich fernere Militärforderungen verbittet, angenommen werde. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Richter: M. H.! Sie sehen, wohin wir gekommen sind, aber es ist unabsehbar, wohin wir noch kommen werden. Ich habe Sie gewarnt, Sie sehen, daß ich Recht gehabt habe. Ueber Herrn Windthorst wundere ich mich gar nicht. Er hat ja auch vor zwei Jahren erst die damalige Vorlage verdammt und schließlich doch jeden Groschen und jedes Weib bewilligt. M. H.! die Forderung der zweijährigen Dienstzeit ist uns zwar bewilligt; aber unter welchen Bedingungen! Betrachten Sie einmal das Leben eines jetzigen Reichsbürgers! Im fünften Jahre wird er in die Stammrolle eingetragen. Vom 5. bis zum 14. muß er täglich zwei Stunden exerciren. Vom 14. bis zum 17. Jahre muß er täglich 2 1/2 Stunden Griffe machen, schleifen und alle übrigen militärischen Exercitien ausführen. Muß da nicht die geistige Bildung verkümmern? Uebrigens ist es mit den Mädchen. Früher hieß es: Ehret die Frauen, sie flechten und weben u.; jetzt variirt man: Fürchtet die Frauen, sie flechten u. M. H.! Wir wollen den Regierungen entgegen kommen und die Vorlage annehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die Militärpflicht des weiblichen Geschlechtes wieder aufgehoben wird.

Abg. Bebel: Ich bin entschieden gegen die Vorlage. Die Militärpflicht des weiblichen Geschlechtes kann ich unter keinen Umständen gut heißen. Uebrigens werden die weiblichen Soldaten in den Kasernen ziemlich schlecht behandelt, besonders die hübschen Rekrutinnen von den älteren Vorgesetzten. Wenn sich junge Mädchen freiwillig für den Militärdienst melden, so thun sie es nur wegen der hübschen Uniform.

Militärbevollmächtigter General Vogel v. Falkenstein: M. H.! Die Frauen-Regimenter sind unentbehrlich, so lange Frankreich an den feindlichen Grenzen besteht. Unsere Grenznachbarn haben sich in Dahomey überzeugt, daß die Frauen für den Kriegsdienst ganz besonders geeignet sind und uns selbst haben ja die Amazonen, die sich vor zehn Jahren zuerst in Hamburg producirt, den Beweis geliefert, daß das weibliche Geschlecht tüchtige Soldaten abgeben kann. Die Erfahrung hat uns nicht getäuscht. Jedenfalls, meine Herren, sind sie für die Verteidigung der Festungen vollkommen hinreichend, und sie machen es uns möglich, im Falle eines Krieges sofort 12 Millionen Mann an die Grenze zu schicken. Uebrigens fühlen sich die Soldatinnen in der Kaserne sehr wohl. Während die Fabrikarbeiterinnen meist hungrig und tränklich aussehend, blühen die jungen Mädchen in der Kaserne wie die Rosen, Dank der Bewegung im Freien und der brillanten Verpflegung.

Nachdem die Vorlage noch von Bennigsen empfohlen worden ist, wird sie angenommen. Ebenso wird die Resolution Windthorst's: die Regierung möge in Betracht ziehen, ob es nicht gut sei, in den nächsten sechs Monaten keine neue Vermehrung der Präsenzstärke zu fordern, angenommen. Gegen Vorlage und Resolution stimmen 109 Freisinnige, 73 Socialdemokraten und 5 Wilde, darunter Meyer-Helgoland.

## Parlamentarisches.

Der Reichstag nahm am Dienstag in erster und zweiter Beratung die Vorlage betreffend die Consulargerichtsbarkeit in Samoa und in dritter Beratung den Nachtragsetat betreffend die Gehaltsaufbesserungen ohne irgendwie wesentliche Debatte an. Bei der zweiten Beratung des dritten Nachtragsetats constatirte Abg. Richter, daß die

vom Reichskanzler zugestandene Vermehrung der Dispositionsurlauber um 6000 Mann nach der in der Commission von der Militärverwaltung gemachten Mittheilung, daß entsprechend mehr Rekruten eingestellt werden sollten, keinerlei Entlastung der Gesamtheit, sondern lediglich eine persönliche Erleichterung für die einzelnen Beurlaubten bedeute. Der Nachtragsetat wurde ohne sonstige Debatte nach den Beschlüssen der Commission, also auch unter Streichung der Dienst-Prämien für Unterofficiere, angenommen. Darauf erledigte das Haus eine Reihe von Wahlprüfungen, von denen die des antisemitischen Abg. Wickenbach zu einer längeren Erörterung Anlaß gab. Die Wahl wurde beanstandet, ebenso die des Abg. Holz (Reichspartei).

Gestern hielt der Reichstag seine letzte Sitzung vor der Vertagung ab. In derselben wurde die Vorlage, betreffend die Consulargerichtsbarkeit in Samoa und der dritte Nachtragsetat mit dem Anleihegesetz in dritter Lesung angenommen. In Bezug auf die Errichtung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. nahm das Haus ohne Debatte den Antrag der Commission an, dem Kaiser die Entscheidung über das Denkmals anheimzugeben. Darauf verlas Staatssecretär von Boetticher die kaiserliche Verordnung, welche die Vertagung des Reichstags vom 8. Juli bis 18. November ausspricht. Unter den üblichen Dankesreden und einem Hoch auf den Kaiser ging die Vertagung auseinander.

Die Arbeiterschutzcommission des Reichstages nahm vorgestern nach längerer Pause ihre Arbeiten wieder auf und berieth § 139 Abs. 3. der vorgelegten Novelle zur Gewerbeordnung, welcher lautet: „Der Bundesrath ist ermächtigt, für Spinnereien, für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken und Werkstätten, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den in den §§ 135—137 vorgesehenen Bestimmungen nachzulassen. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von 36 Stunden, für junge Leute die Dauer von 60, in Spinnereien von 64, in Ziegeleien von 69 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.“ Abg. Müller (natl.) beantragt für Webereien das Maximum von 66 Stunden, da der Sprung von 72 Stunden, der jetzigen Arbeitszeit in den meisten Spinnereien, auf 64 zu groß sei. Abg. Grillenberger (soc.) bekämpft principiell alle Ausnahmegünstigungen und will höchstens dem Bundesrath die Ermächtigung zugestehen, Ausnahmen zuzulassen für Fabriken, welche durch die ganze Art des Betriebes gezwungen sind, Tag- und Nachtarbeit durchzuführen. Geh. Rath Knöning sucht aus den Berichten der Handelskammern nachzuweisen, daß die Spinnereien zur Zeit derartige Ausnahmen nicht erheben können. Abg. Schmidt-Ebersfeld (dresl.) wendet sich gegen den Antrag Müller; die englische Concurrenz sei keineswegs zu fürchten, das beweisen die Dividenden der deutschen Spinnereien. Bei der Abstimmung werden die Spinnereien gegen die Stimmen der Abgg. von Stumm, Dr. Hartmann und Klemm-Sachsen gestrichen, auf Antrag des Abg. Dr. Lieber für Ziegeleien 64 statt 69 Stunden gesetzt und schließlich ein vom Abg. von Kleist-Regow gestellter Zusatz angenommen, wonach die Nachtarbeit 10 Stunden nicht überschreiten darf. Abs. 4 des § 139 a, welcher bestimmt, daß die durch Beschluß des Bundesraths getroffenen Bestimmungen durch das „Reichs-Gesetzblatt“ zu veröffentlichen sind, erhält auf Antrag Hise den Zusatz, daß diese Beschlüsse dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen sind. — Die Commission vertagt sich darauf, und wird die nächste Sitzung auf Mittwoch, 5. November, anberaumt.

In der Commission für das Kaiser Wilhelm-Denkmal, über die wir ein kurzes Telegramm gebracht haben, wollten die Cartelparteien den Antrag des Bundesrathes, eine engere Concurrenz für ein Reiterstandbild auf der Schloßfreiheit auszuschreiben, annehmen. Die Mitglieder der Centrumpartei und der freisinnigen Partei erklärten sich außer Stande, eine solche Ausführung des Denkmals zu befürworten, wollten vielmehr die ganze Angelegenheit dem Kaiser zur selbständigen Beschlussfassung überlassen. Die Commission einigte sich auf einen bezüglichen Antrag; Abg. Eugen Richter stimmte nur deshalb dagegen, weil er jede Festsetzung einer Geldsumme vermehrte.

Freiherr v. Münch ist nicht aus der Fraction der Volkspartei ausgeschieden, sondern ausgeschlossen worden. Der gute Mann ist eigentlich Reactionär, hat das aber bis jetzt selbst noch nicht gewußt. Er ist freilich auch erst 25 Jahre alt.

2)

## Unter der Erde!

Novelle von Joë von Reuß.

Auf dem Hofe des Wirthshauses „zu den drei Bergknappen“ standen auch bereits viele Vergleute anderer Zechen, welche Einlaß begehrten, um ihre Neugierde zu befriedigen, Reden zu halten und gelegentlich zu trafeelen. Nach Hermann Wildhagens Ansicht sollten sie zu der Versammlung der Iduna

nicht zugelassen werden. Doch fand er sich mit dieser Ansicht bald überstimmt, bis sich der zur Aufrechterhaltung der Ordnung erscheinene Gendarm sehr energisch auf seine Seite schlug und den fremden Arbeitern den Zutritt zu der Arbeiterversammlung der Iduna streng verwehrte.

Der Saal drinnen war auch ohnehin bereits überfüllt. Die letzte Versammlung vor Ausbruch des Streiks schien ganz besonders zahlreich werden zu wollen. Galt es doch die Ursachen der Arbeitseinstellung zu formuliren und die Bedingungen zur eventuellen Wiederaufnahme genau festzustellen. Man saß, stand, bockte auf Tisch und Bänken, selbst der Kachelofen war nicht unbesetzt geblieben, ein paar junge Burschen schwebten in halbbrechenden Stellungen zwischen ihm und der Ofenwand. Ueberhaupt gab es viel unreife Jugend unter den beruhten, härtigen Gesichtern.

Es wurde viel geredet und noch mehr getrunken, ehe man zu einer Einigung gelangte. Endlich, nach zweistündigem Durcheinandersprechen, Ruhegebieten und Wiederbeginnen der Rede gelangte man zu einer Einigung, die sofort protokolliert wurde. Auf den hierüberfluteten Schenkisch steigend, verlas Bernhard Kahlens beim Schein der im dichten Tabakqualm matt brennenden Lampe mit Stentorstimme:

„Es wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß sämtliche Arbeiten auf Grubenzeche Iduna von dem dortigen gesammten Arbeiterpersonal am Montag den 23. Mai eingestellt werden. Die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind folgende:

1. Lohn für Häuer pro Schicht 3 Mark 50 Pf.;
2. Lohn für Schlepper und Handlanger 3 Mark;
3. Abschaffung sämtlicher Nebenarbeiten, Ueberstunden und Belegschaften;
4. Deputatloble erster Qualität;
5. Transport des Grubenholzes bis zur Arbeitsstelle, Zahlung von Holzschneidegeld nach Vereinbarung.“

Gleichermaßen war Montag auf riesengroßen, am Sonntag gedruckten und während der Nacht angeschlagenen Plakaten auf der Zeche zu lesen.

II.

Der Häuer Wilhelm Harras bewohnte eins der hübschen kleinen Backsteinhäuser, welche Commerzienrath Vogelgang für seine Arbeiter hatte erbauen lassen. Es war vielleicht sogar das hübscheste, denn es lebte mit der Seitenwand an einen Eichenkamm, der in dieser Gegend der rothen Erde zu den Seltenheiten gehörte. Vorn befand sich ein niedliches Vorgärtchen mit kleinen buchsbaumumräumten Blumenbeeten, auf denen jeden März und Tulpen blühten. Eine wohlgepflegte Buchenlaube, die der Häuer beim Beziehen des Häuschens selbst angelegt hatte, hing bereits an Schattens zu geben. Die Wege waren mit gelbem Sand bestreut und wurden von der Haustochter ebenso wie das ganze Blumen-gärtchen sehr sauber gehalten. Hinter dem Hause befand sich ein Gemüsegarten, mit damenbreitartig abgetheilten Beeten, welche in der Pflege der Hausmutter für die Küchenbedürfnisse des Hauspaares sorgten. Ein anschließendes Stück Wiese lieferte den Bedarf für die Ziege, die neben einem grunzenden Vorstehblech zum Hausstand des Häuers gehörte. Da Frau Harras aber eine speculative Frau war, hatte sie in einem ihrer beiden, nach der Straße belegenen Zimmer einen kleinen Laden eingerichtet. Es war eine sogenannte „Nabrung“ und enthielt alles, was zum Hausstand des Grubenarbeiters gehörte, an Victualien und anderen Gegenständen. Die Decoration des Schaufensters bildeten Vorhänge, welche aus reihenweise aufgehängten Gefäß-ledern bestanden, darunter war eine Pyramide von Broten und Reihensammeln aufgerichtet, die mit selbstgefertigten Wärsen verziert war. Darüber befand sich ein Plakat, in Form eines weißen Zettels, auf welchem der sechzehnährige Fritz, der Kalligraph der Familie, im Auftrag der Mutter geschrieben hatte: „Unseren Kunden wird Sonnabend abends ein Stück Waschlisse gratis verabreicht.“ Dieser Freigebigkeit gegen die beimefreudigen beruhten Kameraden des Gatten verdankte Frau Harras zumeist das Emporblühen des „Geschäftes“.

Droben auf dem Hausboden, dicht neben dem gleichfalls von Fritz angelegten Taubenschlage, befand sich Annas Schlafkammer, die sie heute mit Trina Tienken aus Eschershausen theilte. Die Mädchen waren beim Auskleiden und lachten über alles und nichts, schwatzten von dem morgenden Sonntag, dem schönen Wetter, dem neuen Hefentuchen und den Liebhabern. Anna machte dabei wie eine Dame sorgfältige Nachtoilette, und kämte und focht ihr schönes dunkelblondes Haar vor dem kleinen Spiegel, der, getroffen von der Petroleumlampe, fast blendend hell ins Zimmer hineinblitzte, als freue er sich der Bestimmung, das Bild des schönsten Mädchens der Umgegend zurückstrahlen zu dürfen. Als sie die Nachtoilette beendet hatte, zog sie ein goldenes Medaillon mit einer Photographie aus dem Kasten, und hielt es stolz und freudig der Freundin entgegen:

„Das Bild hat er mir gestern geschenkt.“ sagte sie triumphirend, „ich werde es künftig auf dem Herzen tragen!“

„Guck mal einer an!“ sagte die praktische Trina, „ein echt goldenes Medaillon! Hat er Dir auch schon den Ring gegeben?“

„Den Ring — nein!“ gestand Anna, „ich wünschte auch nur sein Bild zu haben, damit er immer bei mir ist.“

(Fortsetzung folgt.)

